

**Peter Fässler, SP Fraktion, Votum in Session vom 04., 05. Und 11.12.2107**

### **Traktandum 43**

#### **M 303 Motion Zurkirchen Peter und Mit. über die Verhinderung extremistischer Umtriebe im Kanton Luzern**

Frau Präsidentin

Meine Damen und Herren

Der Motionär fordert in seinem Vorstoss, es sei nebst dem Links- und dem Rechtsextremismus auch entschieden gegen den religiösen Extremismus vorzugehen. Da können wir zustimmen. Nur, wo beginnt der religiöse Extremismus? Reicht die Verteilaktion des Korans dazu aus? Reicht es aus, eine bei uns noch nicht anerkannte und oftmals unbekannte Religion als extremistisch zu bezeichnen? Nur weil im katholischen Kanton Luzern einige Menschen dadurch verunsichert werden und Angstgefühle bekommen?

Missionieren ist eine sehr alte Geschichte. Weshalb bekennen sich viele Menschen in Europa zum Christentum? Einer Religion, deren Ursprung im arabischen Raum liegt. Wie kam sie zu uns? Durch Missionieren natürlich.

Wie kam unser Christentum nach Afrika, nach den beiden Amerikas, nach Asien? Durch christliche Missionare, die dort sicher massenweise ihre Bibeln verteilten. Was auch nicht immer gut ankam.

Wenn es aber um Terrorismus geht, um Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus hört unsere Toleranz gegenüber andersgläubigen auf.

Ich bin mit dem Motionär völlig einverstanden, dass extremistische Organisationen, die den demokratischen Staat schädigen wollen, hier nichts zu suchen haben. Und ich bin mit der Regierung einverstanden, dass ein allfälliges Verbot oder Einschränkungen die ganze Schweiz umfassen muss. Denn nicht einzelne Kantone sind durch flächendeckenden Extremismus gefährdet, sondern das ganze Land. Dafür braucht es aber genügend Fakten und eine gesetzliche Grundlagen.

Der Bundesrat ist durch einen Vorstoss im Bundesparlament auf dieses Thema sensibilisiert. Es liegt an ihm, den Rahmen für ein allfälliges Verbot für die hier thematisierte Organisation abzustecken. Und wie wir letzte Woche in der Presse lesen konnten, arbeitete der Bundesrat den Aktionsplan Bund, Kantone und Gemeinden mit 26 Massnahmen gegen die Radikalisierung aus. Diese breit abgestützte Allianz kam bei den Parteien gut an, bis jetzt.

Weitere polizeilich-präventive Massnahmen zur Ergänzung sind noch in Bearbeitung. Hoffen wir, dass die Luzerner Polizei dafür auch genügend Personal zur Verfügung hat, um diese Massnahmen umzusetzen.

Die SP kann daher diese Motion als Postulat als erheblich überweisen.